

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostfachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

**Groß-
werbetag**
Sonntag, 26. April
Alles heraus!

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 23. April 1931 Nummer 71

Erhöhter Brotpreis und Kriegsbrot geplant

Zölle auf Fleisch, Speck, Hülsenfrucht, Eier, Gemüse Anschlag Brünning-Schieles, gestützt auf die von der SPD bewilligte Zollermächtigung

Dresden, 23. April
Die Dresdner Brotfabriken beabsichtigen, wie wir erfahren, dem Beispiele Berlins und Leipzigs entsprechend, den Brotpreis zu erhöhen oder das Brot zu verschlechtern.
Heute findet eine Besprechung des Reichsernährungsministers der Brünning-Diktatur, Schiele, mit den Bäckerei-Veretzern statt. Schiele wird, wie das Berliner Tageblatt meldet, nahelegen bei einer Ausmaßung von 70 Prozent Roggenbrot zuzugehen! Schiele will somit als Konjunktur für die Volksmassen ein Kriegsbrot einführen.
Schiele jagt die Brünning-Regierung, um neue Notverordnungen gegen die Arbeiter, Gewerkschaften, Invaliden und Beamten zu beschließen. Zu dieser Regierungsbildung veranlaßt die großindustrielle Reichsregierung ein ultimatives Schreiben an Brünning, das Erhöhung der Zölle für Getreide, im Zusammenhang mit der Zoll-erhöhung für Schweine (von 27 auf 50 Mark), Fleisch (von 50 auf 70 Prozent), Speck, Schmalz, Geflügel, Fische, Erbsen, Bohnen und Linsen (von 15 auf 20 bzw. von 4 auf 8 Mark), Eier, Dörr-Gemüse, Holz fordert.

Heute berät die Brünning-Diktatur neue Notverordnungen Ungerechtere Sozialraubpläne

Berlin, 23. April. (Gg. Dschm.)
Heute ist das Brünning-Kabinett versammelt, um ein-
schneidende neue Notverordnungen gegen die Arbeiter, vor allem gegen die Gewerkschaften und Invaliden zu beraten. Gleichzeitig wird man die weiteren Abgaben der U-
nterhaltungsstellen auf die Tagelöhner erhöhen, wobei man
beraten will, entweder eine Beamtenvergünstigung zu verlan-
gen oder die Kinder- und Orphanalien zu kürzen, vielleicht
auch beides.
In der Dinstagssitzung des Arbeitsministers Siegelwald
werden bereits die letzten Korrekturen an der
neuen Notverordnung
über „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung“ aus-
geführt. Die Ergebnisse der „mühevollen und unzufriedenen Erhebun-
gen“ der Brauns-Gutachter-Kommission sollen in dieser Notver-
ordnung ihren gefährlichen Niederschlag finden. Aus den hinfälligen
Beratungsarbeiten, es wird immer schwerer den trüben Klauen
an den hungernden Massen zu umschreiben, sind die Maßnahmen der
Brünningregiererei aber bereits erkennbar. Arbeitslosigkeit
führung ohne Lohnausgleich, das heißt wesentliche 15
bis 20 Prozentiger Lohnraub und Vertiefung der „Dopp-
geldeinstellung“ eine demagogische Umkehrung eines gesunden

Dresdner Betriebsräte rufen zum Kampf gegen Millionenraub

Gestern tagte die Versammlung der Dresdner
Betriebsräte, in der der Betriebsrat der Straßenbahn und
Stadtrat Senfke Gruner in ausgeprägter, grüblerischer
Weise den Millionenraub des Dresdner Rates
(350 Prozent Erhöhung der Bürgersteuer, 64 Millionen Abbau
des Hilfsorgans, Verhöhnung der Arbeiter usw.) mit
seinem Zusammenhang mit Unternehmerrückgang, Scheitern und
Schiele-Diktatur beleuchtete und anprangerte. Die Betriebsräte
beschlossen einstimmig ein Kampfprogramm kommunistischer
Forderungen der Volksmassen Dresdens. Es gilt jetzt im Massen-
kampf den Kampf auf der ganzen Linie zu entfesseln!
Betriebe, Büros, Stempelstellen, an die Front, laßt die
Kampfbanner gegen den Millionenraub in Dresden!

Die SPD, die dem Zollermächtigungsgesetz ihre Zustimmung
gab und der Bevölkerung vorlag, daß festgelegt ist, daß die Brod-
preise nicht überhöhen werden dürfen, spielt jetzt demagogische
Enttäuschung über den Brotwucher. Die Dresdner Volksgemeinschaft
sagt jetzt zu, daß
„man jetzt ein neues Brot schafft, das wegen seiner Zu-
sammensetzung schon aus gesundheitlichen Rücksichten
zu nicht von allen Konsumenten verzehrt werden kann.“
„Schiele der Roggenpreis weiter, denn nicht man ein neues
Brot herzustellen, das gemahlene Getreide als Zusatz
enthält oder vielleicht auch Kohlraben.“
Zugleich aber billigt die Volksgemeinschaft die Einführung eines
schlechteren Brotes, indem sie wörtlich schreibt:
„Wir haben gewiß nichts gegen ein Roggenbrot
einzumenden.“ (11)
Die Zölle, die den armen Bauern keinen Vorteil, sondern den

Maxim Gorki tritt in KPD ein!



Maxim Gorki
der größte soziale Schriftsteller der Welt, der in den ersten
Jahren nach 1917 dem Bolschewismus noch ablehnend gegen-
überstand, hat jetzt, angesichts der gewaltigen sozialistischen
Aufbaue und der grandiosen Kulturrevolution in Sowjetruß-
land, an den Genossen Stalin den Antrag gestellt, in die Kom-
munistische Partei aufgenommen zu werden. Wir grüßen den
Kommunisten Maxim Gorki

Jüdischer Verrat der DBB-Bonzen

Abrechnung mit den Handlangern der Bauhütten / Stärkt die KPD!

Die DBB-Bonzen hatten gestern 15 Uhr eine Versamm-
lung der organisierten Bauarbeiter einberufen zu dem Zweck, im
Auftrag der Bauhütten die Bauarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu
kommandieren. Ein Antrag auf Fortführung des Streikes und
Verwirklichung des früher gefassten Beschlusses, bis zur
Weiterzahlung des alten Lohnes zu streiken, wurde von Schür-
mann nicht zur Abstimmung gebracht.
Die Volksgemeinschaft veröffentlicht außerdem in ihrer gestrigen
Ausgabe den Befehl an alle organisierten Kollegen, sofort die
Arbeit aufzunehmen und zeigt, daß dieses Blatt für Unter-
nehmerinteressen zu jeder Schandtat gegen die Arbeiter bereit ist.
Die Bonzen haben sogar die arbeitslosen Kollegen vor den
Bauhütten mobilisiert für den Fall, daß ein Teil der Bauarbeiter
die Arbeit nicht aufnehmen sollten.
Beim Tiefbau in Lößnitz wurde von 6 Zimmerern die
Arbeit aufgenommen, die von den Unternehmern ihre Karte zu-
gestellt erhalten, während die Restbauarbeiter einzeln
durch das Arbeitsamt auf die Bauhütte geschickt werden. Die
Arbeit wird aber nicht aufgenommen. Die Kollegen warten, bis die
Kriegung ihres Arbeitslohn.

KPD Offen: 1. Mai keine Arbeitsruhe

SPD-Regierung verbietet Maidemonstration!

Offen, den 23. April.
Der KPD Offen, das größte Organ der Arbeiterbewegung, hat gegen die Stimmen der revolutionären Opposition mit
Mehrheit beschlossen, in diesem Jahr am 1. Mai nicht zur Arbeitsniederlegung aufzurufen.
Dieser jüdische Verrat an einem der größten Symbole der gesamten Arbeiterbewegung wird täglich opportunistisch
„begründet“. Die Bonzen und Handlanger, die diesen Beschluß fassen, erklärten kühnheitsvoll, „man dürfe den Arbeitern keine
Feierlichkeiten nicht zuzumuten“. Die niederträchtige Fratzen, die darin liegt, geschieht natürlich nur zugunsten der Kapitalisten,
die sich im Profitwucher nicht lösen lassen wollen.
Scheidung, den 22. April.
Die sozialdemokratische Sonderregierung von Schaum-
berg-Sippe hat für den 1. Mai die Kundgebungen unter
freiem Himmel verboten. Ein von den kommunistischen Partei
angelegtes Protestplakat wurde von der Polizei beschlagnah-
met.
Diese ungeschicklichen Bemühungen der sozialdemokratischen Re-
gierung müssen in allen Betrieben und auf den Stempelstellen
zur Diskussion gestellt werden. Den einzigen sozialdemokratischen

Vorstoßes auf die wertvollen Frauen, werden die Grund-
züge der Notverordnung sein. Darüber hinaus neue Verschlechte-
rungen in der Arbeitslosenversicherung durch Abbau der Un-
terstützungssätze, Verdrängung der Arbeitslosen-
versicherung, Verlängerung der Wartelisten und Verweigerung
der Pflichtarbeit. 500 Millionen Mark soll dieser neue Über-
schlag die jetzt schon am Hungertode nahenden Arbeitslosen helfen.
Die Verdrängung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich heißt die Ge-
samtarbeitslosigkeit viele Millionen Mark. Der Lebensunter-
halt des wertvollen Volkes wird dadurch auf einen nie gekann-
ten Tiefstand herabgedrückt.
Dieser für den Kapitalismus tote Willen, den die Reichs-
regierung durch die neue Notverordnung vollzieht, folgt dem
Exzess des deutschen Finanzkapitals. Ihre Pläne laufen auf einen
wichtigen Abbau der Sozialleistungen, auf eine schlie-
ssliche Zerstückelung der Sozialversicherung hinaus. Schon gibt die
Kriegsindustrie die Werke der Reichsregierung die neue Notver-
ordnung. In einem Artikel der Arbeiterbewegung vom 14. April 1931, unter dem Titel „Sozialpolitik — Die Kraft
des Möglichen“ werden die Forderungen der Arbeiterbewegung
ausgesprochen. Was man an der Sozialpolitik in Deutschland
entwischen, findet in folgenden Gebieten vor:
„Nachdem bei der Kammerberatung ein Abbau der Unter-
stützungssätze und Verdrängung der Wartelisten feststand, so
ist, dass jedoch auch bei den anderen Sozialleistungen
unverzüglich der Arbeiterbewegung der Sozialpolitik die
Lösung — ausgeschlossen.“
Wir haben nun alle nicht gelebt. Bei den Sozialpolitik der
Arbeitslosen wurde nun mit dem 1. Mai im Hinblick auf den
neuen auf diese Maßnahme der Arbeiterbewegung herabgedrückt.